



## Gewerkschaft der Polizei

Mitglied der European Confederation  
of Police (EUROCOP)

Bezirksgruppe Sachsen-Anhalt Süd

GdP BG Süd, Merseburger Str. 6, 06110 Halle (Saale)

### Info zur kleinen Anfrage zur 30. Sitzungsperiode des Landtages von Sachsen-Anhalt (Drs. 06/2729)

Merseburger Str. 6, 06110 Halle (Saale)  
bearbeitet: Rolf Gumpert  
Tel.-Nr.: 0345 224 - 1513  
Fax-Nr.: 0345 224 - [1111 586](tel:03452241111)  
Email: [rolf.gumpert@polizei.sachsen-anhalt](mailto:rolf.gumpert@polizei.sachsen-anhalt)

Ihr Zeichen

Ihr Schreiben

unser Zeichen

Datum

24.02.2013

### Der Innenminister des Landes Sachsen-Anhalt und die Frage nach der Glaubwürdigkeit

In der 59. Landtagssitzung, TOP 8 - Kleine Anfragen für die Fragestunde zur 30. Sitzungsperiode des Landtages von Sachsen-Anhalt stellte die Abgeordnete Angelika Hunger (DIE LINKE) an den Innenminister Stahlknecht zur Besoldung von Polizeibeamten einige Fragen. Ausgangspunkt hierfür sei eine Information aus ihrem Wahlkreis (Merseburg/ Landkreis Saalekreis), wonach Polizeibeamte teilweise schon mehr als zwei Jahre nicht die Besoldung erhalten, mit der ihre Stellen ausgeschrieben waren. Vielmehr sollen diese eine Besoldungsstufe tiefer erhalten. Der Innenminister Stahlknecht sollte erklären, aus welchem Grunde diese tiefere Besoldung erfolge, wann die Betroffenen mit einer Höhergruppierung rechnen könnten und wie viele Beamte im Landesdienst nicht in der ihnen zustehenden Besoldungsgruppe vergütet werden.

#### Schon einmal vorweg:

**Der Innenminister glänzte rhetorisch, entweder mit einer kaum zu überbietenden Unwissenheit oder dem Versuch die Antworten auf konkrete Nachfragen möglichst so widersprüchlich zu gestalten, dass nach der Fragerunde die Abgeordneten im Hinblick auf die Thematik noch weniger aufgeklärt als vorher.**

Allem voran und im Weiteren stellte der Innenminister wiederholt klar, es gibt keinen Rechtsanspruch auf Beförderung. Aufgrund begrenzter Beförderungsmittel könne nur ein Teil der aktuell insgesamt 1.579 beförderungsfähigen Polizeivollzugsbeamtinnen und Polizeivollzugsbeamten ernannt oder befördert werden. Über den Umfang der im Jahr 2014 zur Verfügung stehenden Beförderungsmittel könne er allerdings keine Angaben machen.

Auf der Abgeordneten Frau Angelika Hungers unmissverständliche Nachfrage, ob Inhaber (Autor: statusrechtlich) niedriger Besoldungsgruppen nach Erhalt höherwertiger Stellen sodann auch in die höherwertigen Stellen hineinbefördert würden, ging der Innenminister nicht ein. Vielmehr warf er zunächst Nebeltöpfe indem er, die Frage nicht beantwortend, "Stellen" mit rechtsbegrifflich anders ausgestalteten Begriffen von Besoldungsgruppen und statusrechtlichem Amt vermischte.

Außerordentlich interessant war allerdings die recht konkrete Aussage des Innenministers, wonach die Beamtinnen und Beamten mit dem zurückliegenden Stellenhebungsprogramm der Landesregierung gleichsam für "irgendeine Reform" gefügig gemacht werden sollten (Zitat: "... ich möchte das vorsichtig formulieren - einen Anreiz gegeben, damit Beamtinnen und Beamten...") und das diese (höher bewerteten) Stellen gar nicht vorhanden sind.

**Im Verständnis des Autors wurden Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten, welche sich im der näheren zurückliegenden Zeit auf höherwertige Stellen bewarben von vornherein durch die Landesregierung über tatsächlich vorhandene Dienstposten und über die Absicht auf Bereitstellung der erforderlichen Beförderungsmittel getäuscht, um erst einmal Ruhe unter den Beamtinnen und Beamten nach der Strukturreform zu bekommen. Wir werden uns für die Zukunft daran erinnern.**



## Gewerkschaft der Polizei

Mitglied der European Confederation  
of Police (EUROCOP)

Bezirksgruppe Sachsen-Anhalt Süd

GdP BG Süd, Merseburger Str. 6, 06110 Halle (Saale)

Dass eine solche Aussage auf Unverständnis bei der Fragestellerin und anderer Landtagsabgeordneter stieß, war zu erwarten. Dies wurde jedoch kurzum im mittlerweile bekannten Habitus eines Machthabers durch den Innenminister mit Berufung auf Loyalität in einer Koalition abgetan. Zur Annahme des vorherigen Angebots eine nicht öffentliche Erklärung beim Kaffee zum Thema abgeben zu wollen waren die Abgeordneten wohl nicht bereit. So blieb die Diskussion öffentlich.

Ganz nach dem Motto "Die Hoffnung stirbt zuletzt" erklärt der von der Impertinenz der Fragestellerin offenkundig verunsicherte Innenminister, eine durch ein Stellenhebungsprogramm generierten Erwartung der Beamtinnen und Beamten reicht zunächst aus, um sein Ziel zu erreichen. Dabei kann man sich offenbar der Hilfe des Finanzministers versichern.

**Der Innenminister beteuerte in den Jahren seiner Amtsführung in öffentlichen und nichtöffentlichen Veranstaltungen gegenüber Beamtinnen und Beamten, sie mögen Vertrauen zu ihrem Innenminister haben. Einer derartigen Ehrlichkeit im politischen Raum ist wohl kaum etwas entgegen zu setzen.**

Unvermittelt drehte sich der Wind und in den Aussagen des Innenministers war etwas zu vernehmen, was nach regelmäßiger ("Zitat: ...in der Regel...") Beförderung von Beamtinnen und Beamten in ihre höherwertigen Stellen klang, wenn sie sich nur auch auf die höherwertigen Stellen beworben und den Zuschlag erhalten haben.

**Wie viele hundert Beamtinnen und Beamten in der Polizei Sachsen-Anhalt betrifft dies?**

**Hatte sich der Innenminister nun in der Thematik vergaloppiert oder verstand er den Hintergrund der einfachen gleich ausgerichteten Fragen nicht? Jedenfalls dürfte der von der Beförderungspraxis im Land Sachsen-Anhalt betroffene Beamte beim Lesen der Drucksache des Mitschnitts sehr überrascht gewesen sein, als der Innenminister von Einzelfällen der Nichtbeförderung sprach.**

Das Stellenhebungsprogramm musste im Verlauf der Erklärungen noch einmal für einen Zustand erhalten, der den Beförderungstau in der Polizei verursacht haben soll. Erinnerungsfähige Beamtinnen und Beamte wissen genau unter welcher Landesregierung das nun als Grund allen Übels dargestellte Stellenhebungsprogramm beschlossen wurde.

**Das wahre Ziel des Stellenhebungsprogramms wurde nun durch den Innenminister offeriert. Herzlichen Dank, Herr Innenminister! Wir, die Beamtinnen und Beamten der Polizei des Landes Sachsen-Anhalt, nehmen zur Kenntnis, dass wir nicht nur zum politischen Spielball werden. Besonders schmerzlich ist die Tatsache, dass bei dem Beamtinnen und Beamten absichtlich durch Vorspiegelung falscher oder durch Entstellung oder Unterdrückung wahrer Tatsachen einen Irrtum erregt wurde.**

Um die von Informationen interner Vorgänge der Beförderungspraxis in der Polizei des Landes Sachsen-Anhalt ausgeschlossenen Abgeordneten des Landtages aufzuklären, setzte sich der Vorstand der GdP Bezirksgruppe Süd am 20. Februar 2014 in einer Email mit der Abgeordneten Frau Angelika Hunger in Verbindung. Darin wurde der Abgeordneten erklärt, dass die betroffenen Beamtinnen und Beamten die Anfrage an den Innenminister sowohl mit Freude als auch mit Bestürzung aufnahmen. Mit Freude deshalb, da es offensichtlich noch Abgeordnete gibt, die sich um die Probleme der Polizei kümmern und mehr als nur Strukturveränderungen kennen. Die Antworten des Innenministers hingegen wurden durch die Betroffenen mit Bestürzung zur Kenntnis genommen. Ferner wurde der Abgeordneten offeriert, dass es außer im Bereich ab BesGr. A 15 BesO gängige Praxis ist, aufgrund fehlender finanzieller Mittel, den Beamtinnen und Beamten höherwertige Aufgaben zu übertragen, diese aber (auch nach Jahren) nicht entsprechend zu befördern. Der Abgeordneten Frau Angelika Hunger wurde ferner das Herreichen vieler weiterer Beispiele angeboten, um damit deutlich zu machen, dass es sich bei der fehlenden Beförderung von Beamtinnen und Beamten in ihre übernommenen höherwertigen Dienstposten nicht um Einzelfälle, sondern um ein komplexes System der Kosteneinsparung in der Polizei des Landes und auf Kosten seiner Beamtinnen und Beamten handelt.



## **Gewerkschaft der Polizei**

Mitglied der European Confederation  
of Police (EUROCOP)

**Bezirksgruppe Sachsen-Anhalt Süd**

---

GdP BG Süd, Merseburger Str. 6, 06110 Halle (Saale)

Frau Angelika Hunger reagierte mit einer Email vom 22. Februar 2014. In dieser brachte sie ihre Verwunderung wie folgt zum Ausdruck, Zitat: "... Ich konnte mir nicht vorstellen, dass der Kreis der Betroffenen so groß ist, aber ich habe sehr viele Mails bekommen...."

Nunmehr wolle sie sich erst einmal mit ihren Fraktionskollegen abstimmen, was in der Sache unternommen werden soll.

Durch die GdP Bezirksgruppe Süd ist beabsichtigt, mit der Abgeordneten Frau Angelika Hunger und/ oder weiteren hierzu bereiter Abgeordneter und politisch Verantwortlicher in eine aufklärende Diskussion zu treten und deren Inhalte zu den Mitgliedern zu transportieren.

Im Auftrag der  
GdP Bezirksgruppe  
Sachsen-Anhalt Süd

---

Rolf Gumpert  
(Stellv. Vors. GdP BG LSA Süd)